

Umlage plus Mehrwertsteuer? Gas könnte für Verbraucher noch deutlich teurer werden

Stand: 15:44 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Nikolaus Doll, Philipp Vetter**



Wie teuer genau die Gasumlage für Verbraucher wird, steht noch nicht fest
Quelle: Getty Images/Matt Corby

Erst vergangene Woche hatte Robert Habeck eideräumt, dass die Gasumlage mit bis zu fünf Cent pro Kilowattstunden sehr hoch ausfallen könnte. Nun heißt es: Auf die Umlage wird womöglich auch noch Mehrwertsteuer fällig. WELT rechnet aus, was das für Verbraucher bedeuten würde.

Die geplante Gasumlage könnte für Verbraucher noch deutlich teurer werden als bislang bekannt. Wie im Rahmen einer Sondersitzung des Bundestags-Ausschusses für Klimaschutz und Energie bekannt wurde, müssen Gaskunden unter Umständen auch noch Mehrwertsteuer auf die Umlage bezahlen. Mit der Umlage, die ab Oktober eingeführt werden soll, will die Bundesregierung Gasimporteuren ermöglichen, ihre Mehrkosten durch gestiegene Gaseinkaufspreise an alle Verbraucher weiterzugeben.

Die genaue Höhe der Umlage steht noch nicht fest, Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte in der vergangenen Woche eine Spanne von 1,5 Cent bis fünf Cent pro Kilowattstunde (kWh) genannt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte zuvor von nur rund zwei Cent pro Kilowattstunde Gas gesprochen. Die Höhe ergibt sich aus der Differenz zwischen den eigentlich geplanten Einkaufspreisen für russisches Gas und den tatsächlichen Preisen für Ersatzbeschaffungen. Beeinflusst wird die Höhe zudem von der Gasmenge, die Russland über Nord Stream 1 noch liefert. Derzeit fließen nur etwa zwanzig Prozent der ursprünglich vereinbarten Liefermenge durch die Ostseepipeline.

Schon ohne Mehrwertsteuer summiert sich die Umlage bei einem Kilowattstunden-Preis von fünf Cent für einen durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt mit einem Verbrauch von 20.000 kWh schlimmstenfalls auf bis zu 1000 Euro pro Jahr, die zusätzlich zu den ohnehin steigenden Gaspreisen fällig werden. Sollte tatsächlich auch noch Mehrwertsteuer fällig werden, könnte der Betrag um bis zu 19 Prozent auf dann knapp sechs Cent pro Kilowattstunde oder umgerechnet 1200 Euro steigen.

Die Pläne riefen in der Opposition heftige Kritik hervor, „Solidarität darf nicht auch noch besteuert werden. Die Bundesregierung muss deshalb sofort ihren Plan zurücknehmen, auf die Gasumlage (([Wirtschaft/Video240178977/Gas-Umlage-Habeck-rechnet-mit-einigen-Hundert-Euro-pro-Haushalt.html](#))) 19 Prozent Mehrwertsteuer draufzuschlagen. An dieser Mehrbelastung darf der Staat nicht auch noch verdienen“, sagte der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Andreas Jung, WELT. „Statt staatlichem Draufsatteln brauchen wir mehr gezielte Entlastung für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und bessere Unterstützung für die energieintensive Industrie.“

Die Vertreter des Wirtschaftsministeriums hatten im Ausschuss auf europarechtliche Zwänge verwiesen, es sei nicht so ohne Weiteres möglich, den Steuersatz abzusenken. Tatsächlich gibt es eine EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie, in der die Mitgliedsländer auf gemeinsame Vorgaben für die Mehrwertsteuersätze festgelegt werden. Der reguläre Steuersatz muss demnach bei mindestens 15 Prozent liegen, der ermäßigte Satz bei mindestens fünf Prozent. Die Steuer ganz zu streichen geht nur in besonderen Lagen – nach Ansicht der Union befinden sich Deutschland und die anderen EU-Länder in einer solchen. Würde die Bundesregierung jetzt keinen Vorstoß für eine Streichung der Mehrwertsteuer unternehmen, drohe eine „soziale und wirtschaftliche Schiefelage“, warnt der CDU-Vize.

Das sehen auch Vertreter der Regierungsparteien so. „Die Umlage darf keine Basis für weitere Steuereinnahmen sein“, sagte der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Michael Kruse WELT. Es werde deshalb gerade geprüft, ob die Mehrwertsteuer auf die Gasumlage vollständig entfallen können. „Sollte dies nicht der Fall sein, ist für mich klar, dass die staatlichen Mehreinnahmen zusammen mit weiteren Entlastungen an die Verbraucher zurückgegeben werden müssen“, sagte Kruse. Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums verwies bei Fragen zur Besteuerung der Umlage an das Bundesfinanzministerium. „Nach der derzeitigen Rechtslage ist die Gasumlage Teil der Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Umsatzsteuer“, sagte ein Sprecher des Finanzministeriums (BMF) WELT. „Das BMF prüft Wege, mit denen erreicht werden kann, dass Gaskunden in diesem Zusammenhang keine zusätzlichen Belastungen entstehen.“

Derzeit werden Details der Verordnung zur Einführung der Gasumlage noch innerhalb der Bundesregierung im Rahmen der sogenannten Ressortabstimmung zwischen den Ministerien geklärt. In den nächsten Tagen soll die Verordnung im Umlaufverfahren ohne Sitzung des Kabinetts beschlossen werden.

Die Mehrwertsteuer ist nicht die einzige offene Frage bei der Ausgestaltung. Das zweite Problem ist, dass die Bundesregierung derzeit noch gar nicht weiß, wer diese Umlage alles zahlen muss. Kunden mit Festverträgen, und das sind Privathaushalte und Unternehmen – zusammen ein Viertel bis ein Drittel aller Vertragsnehmer – können laut geltenden Regelungen gar nicht mit einer Umlage belegt werden. Davon, wie viele sie zahlen müssen, hängt aber entscheidend ab, wie hoch der jeweilige Betrag pro Kunde ausfällt.

Nach den Plänen der Ampel-Koalition soll die Höhe der Umlage am 15. August bekannt gegeben werden. Und weil die Bundesregierung die Umlage zum 1. Oktober erheben will, das aber den Kunden sechs Wochen vorher mitgeteilt werden muss, entsteht nun gewaltiger Zeitdruck. Die Energieversorger haben nun nur vier Tage Zeit, um Millionen Gaskunden über die Umlage per Brief zu informieren – denn die Briefform ist vorgeschrieben.

„In der Bundesregierung herrscht das blanke Chaos“

Um auch die Kunden mit Festverträgen an der Umlage zu beteiligen, müsste womöglich das Energiesicherungsgesetz (EnSiG) erneut geändert werden. Ein Sprecher von Wirtschaftsminister Habeck sagte lediglich: „Das Thema Festpreisverträge ist uns bekannt.“ Die Frage sei Teil der derzeit laufenden Ressortabstimmung. Nach Informationen aus Koalitionskreisen wären diese Festpreis-Kunden bis zu einer Änderung von der Umlage ausgenommen. Allerdings soll die entsprechende Änderung noch vor Inkrafttreten der Umlage am 1. Oktober umgesetzt werden, sodass auch diese Kunden wohl schlussendlich nicht um die Mehrkosten herum kommen werden. Eine Sondersitzung des Bundestages ist dem Vernehmen nach dafür nicht erforderlich. Der Sprecher des Wirtschaftsministeriums sagte, es gebe keine Veränderungen beim Zeitplan.

„Bei der Umsetzung der Gasumlage herrscht in der Bundesregierung das blanke Chaos: Der Kanzler nennt eine mögliche Zusatzbelastung von etwa 300 Euro für eine vierköpfige Familie, jetzt stellt seine Regierung mehr als das Dreifache in den Raum“, sagte CDU-Vize Jung. „Nach wie vor ungeklärt ist auch, wie die Gasumlage zur Stützung von Uniper mit 15 Milliarden Euro und auch mit einer Bundesbeteiligung über die KfW im Verhältnis steht. Mit Chaos schafft man kein Vertrauen. Deshalb muss Olaf Scholz mit seinen Vize-Kanzlern Robert Habeck und Christian Lindner diese Fragen nun unmittelbar volle Transparenz herstellen, alle offenen Fragen klären und die Besteuerung der Gasumlage abräumen.“

Die Stadtwerke fürchten nun massive finanzielle Lasten, sollten die Ampel-Pläne wie geplant umgesetzt werden. „Durch die Interpretation des Wirtschaftsministeriums in Bezug auf die geplante Umlage sind rechtliche Risiken aufgetreten“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Kommunaler Unternehmen, Ingbert Liebing, WELT. Da unklar sei, wer die Gasumlage zu zahlen habe, müssten die Energieversorger die Umlagekosten selbst tragen. „Das führt zu massiven Liquiditätsproblemen“, warnte Liebing.

„Alles auf Aktien“ ist der tägliche Börsen-Shot aus der WELT-Wirtschaftsredaktion. Jeden Morgen ab 7 Uhr mit unseren Finanzjournalisten. Für Börsenkennner und -einsteiger. Abonnieren Sie den Podcast bei Spotify

(<https://eur01.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fopen.spotify.com%2Fepisode%2F4q4vQz3aepCjQaRoE4wLQL&data=04%7C01%7CDaniel.Mandler%40welt.de%7Cf6ad3a5d88c34f9cb03908d8c1426955%7Ca1e7a36c6a4847689d653f679c0f3b12%7C0%7C637471838259416658%7CUnknown%7CTWFpbGZsb3d8eyJWIjoIMC4wLjAwMDA1LCJQIjoV2luMzIiLCJBTiI6I1k1haWwILCJXVCIGMm93D0%7C1000%3data=wr0waanHkBgzt0x11Pbs1eUk28MMdnrAW7GaIFo5Euis%3D&reserved=0>), Apple Podcast (<https://eur01.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fpodcasts.apple.com%2Fde%2Fpodcast%2Falles-auf-aktien%2Fid15497092718&data=04%7C01%7CDaniel.Mandler%40welt.de%7Cf6ad3a5d88c34f9cb03908d8c1426955%7Ca1e7a36c6a4847689d653f679c0f3b12%7C0%7C637471838259426651%7CUnknown%7CTWFpbGZsb3d8eyJWIjoIMC4wLjAwMDA1LCJQIjoV2luMzIiLCJBTiI6I1k1haWwILCJXVCIGMm93D0%7C1000%3data=11NlyCM20yB0hWPRWzTNIrUSUVk2FCk2FUnByBxAcwCKEK3D&reserved=0>) und Deezer (<https://eur01.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fwww.deezer.com%2Fus%2Fshow%2F2196862&data=04%7C01%7CDaniel.Mandler%40welt.de%7Cf6ad3a5d88c34f9cb03908d8c1426955%7Ca1e7a36c6a4847689d653f679c0f3b12%7C0%7C637471838259436647%7CUnknown%7CTWFpbGZsb3d8eyJWIjoIMC4wLjAwMDA1LCJQIjoV2luMzIiLCJBTiI6I1k1haWwILCJXVCIGMm93D0%7C1000%3data=hL1ffudcPGf1Jdd4280LsDRkFuIA9y0iavf0Ua5I%3D&reserved=0>) oder direkt per RSS-Feed (<https://eur01.safelinks.protection.outlook.com/?url=https%3A%2F%2Fallesaufaktien.podigee.io%2F&data=04%7C01%7CDaniel.Mandler%40welt.de%7Cf6ad3a5d88c34f9cb03908d8c1426955%7Ca1e7a36c6a4847689d653f679c0f3b12%7C0%7C637471838259446639%7CUnknown%7CTWFpbGZsb3d8eyJWIjoIMC4wLjAwMDA1LCJQIjoV2luMzIiLCJBTiI6I1k1haWwILCJXVCIGMm93D0%7C1000%3data=AASxpFVYgXs1p5nATGoyNayvK0dczPn8zDzzqKk%3D&reserved=0>).

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240274017>